

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

71 (17.6.1947)

Die fehlenden zwei Millionen deutschen Kriegsgefangenen

Berlin, 16. Juni (Dena-APD). Auf Fragen nach den fehlenden zwei Millionen Kriegsgefangenen, die Dr. Kurt Schumacher nach dem Bekanntwerden der Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion erklärte, erklärte Elze Großmann jetzt im sowjetisch kontrollierten Berliner Sender, daß Hitler dem deutschen Volk bis November 1944 1 1/2 Millionen Gefallene verschwiegen hätte, wie aus dem von den amerik. Besatzungstruppen veröffentlichten OKW-Material zu ersehen sei. Nach diesem Zeitpunkt sei nicht einmal mehr für das ehemalige OKW Gefallenen zusammengefaßt worden. Daraus ergäbe sich, daß die vermißten zwei Millionen deutschen Kriegsgefangenen zu erklären. Nach einer in Schweden während des Krieges gemachten Aufstellung habe die Sowjetunion in ihren verschiedenen Veröffentlichungen insgesamt die Gefangennahme von 2.300.000 deutschen Soldaten bekanntgegeben. Von diesen Kriegsgefangenen seien inzwischen mehr als eine halbe Million entlassen worden. Rund 900.000 der vermißten befänden sich in sowjetischer Gefangenschaft. Bei 900.000 Kriegsgefangenen handele es sich um Angehörige anderer Völker, die im Bunde mit Hitler gegen die Sowjetunion gekämpft hätten.

Demokratie des leeren Magens

Washington, 16. Juni (Dena-INS). „Es ist schwierig, einem Volk, das niemals richtige demokratische Ideale besaß, auf leeren Magen eine neue Ideologie beizubringen“, erklärte der ehem. Leiter der Nachrichtenkontrollabteilung der amerik. Militärregierung für Deutschland, General Robert A. McClure am 13. Juni.

Zur Frage der Presse in der amerikanischen Besatzungszone führte McClure aus, daß die Stadtbevölkerung mit der Nachsichtbehandlung durch die Zeitungen zufrieden sei und überparteiliche Zeitungen paragrafen und die Kommunisten hätten alle Freiheit, um ihre Propaganda durchzuführen. Die sowjetischen lizenzierten Zeitungen und unter sowjetischem Einfluß stehenden Rundfunkstationen benutzen jede Möglichkeit, um die Nachrichten tendenziös zu Ungunsten der USA zu verbreiten.

Ich bin der Ansicht, daß die Demokratie in der amerikanischen Besatzungszone beginnt. Dies geschieht in Deutschland der Fall sein, wenn wir der deutschen Bevölkerung einen Mindestlebensstandard gewährleisten.“

Warnung vor Faschismus

London, 16. Juni (Dena-Reuter). Das internationale Komitee zum Studium europäischer Fragen hat den Ministerpräsidenten und Außenministern der alliierten Staaten Dokumente zugesandt, in denen die Wiederkehr des Faschismus in der Welt gewarnt wird.

Die mangelhafte Verteilung der Nahrungsmittel in Deutschland sei auf den Einfluß ehemaliger Nazibeamter zurückzuführen, die immer noch bedeutende Posten im bayerischen Landwirtschaftsministerium, in der Eisenbahnverwaltung, in der britischen Zone und den Ämtern für Wiederaufbau und Straßenverkehr in Bielefeld innehaben. Eine große Anzahl gefährlicher Nazigenossen, unter ihnen der ehemalige deutsche Botschafter in Spanien, Freiherr von Stohrer, lebten in völliger Freiheit in der Schweiz, hätten ihre Vermögenswerte in Deutschland nach dort gebracht und somit der Beschäftigung durch die Alliierten entzogen und hielten besonders in der deutschen und italienischen Schweiz, an den gleichen Orten, wie während des Krieges, Versammlungen ab.

Das große Landratssterben

Seit die große Zentralkartei ehemaliger Parteigenossen von den Amerikanern aufgefunden wurde und ausgewertet wird, haben wieder Landratsämter entlassen und verurteilt. Es waren recht markante Persönlichkeiten darunter: der öffentliche Ankläger, der Polizeichef, der Kreisreiterführer und der Flüchtlingskommissar. Aber auch sonst kommen reizvolle Sachen ans Licht. So entpuppte sich der Schulrat Oberamt Kall als Besatzungsverweigerer, der seiner Schulleute mehr von den Leuten geschrieben hat und kaum des Lesens und Schreibens mächtig ist. Er fungierte aber ganz großartig als Schulrat. Hier war also die Schulleitung bereits in vollem Gange... Übrigens müßten in Bayern in den letzten Monaten 33 Landräte abgesetzt bzw. verhaftet werden. (PD)

Im Telegrammstil

Washington, 16. Juni (Dena-APD). Außenminister hat dem kürzlich zurückgetretenen brit. Ministerpräsidenten E. A. Chamberlain sowie seiner Familie den Diplomatenstatus zugebilligt. (Dena-Reuter)

London, Großbritannien wird in nächster Zukunft mit der Sowjetunion Besprechungen über den Marshallplan für wirtschaftliche Hilfe an Europa beginnen. (Dena-Reuter)

Paris. Die französische Nationalversammlung stimmte am 13. Juni mit großer Mehrheit für die Ratifizierung des Friedensvertrags mit Italien. (Dena-Reuter)

Moskau. Das Zentralorgan der kommunistischen Partei der UdSSR, die „Pravda“, bezeichnete am 15. Juni den Marshall-Plan als eine Wucherung des Truman-Planes für politischen Druck mit Hilfe von Dollars. (Dena-Reuter)

Frage. An der Stelle, an der vor fast genau fünf Jahren das Dorf Lidice von den deutschen SS dem Erdboden gleichgemacht wurde, ist am 15. Juni von einer Gruppe württembergischer Bergleute der Grundstein für ein neues Lidice gelegt worden (APD)

Schanghai. Die Offensive der chinesischen Kommunisten an der Eisenbahnlinie Mukden-Changchun hat wahrscheinlich die Stadt Mukden als unmittelbares Ziel des Angriffs. (Dena-Reuter)

Neu Delhi. Das Komitee des allindischen Kongresses nahm am 15. Juni laut AWP den britischen Indiensplan (Dena-APD)

München. Über 2000 Deutsche aus der Sowjetzone sind zwischen dem 5. und 10. Juni illegal nach Bayern gekommen, um die dortigen Registrierungs-Maßnahmen durchzuführen. (Dena-Reuter)

Stutt. 1. Die erste Nummer des Staatsministerium herausgegebenen „Staatsanzeigers für Württemberg-Baden“ ist am 14. Juni erschienen. (Dena-APD)

Reid. Der Kreisrat für den Landkreis Heidelberg wählte am 12. Juni

2. Jahrgang / Nummer 71
Verlag: Badendruck GmbH,
Karlsruhe, Lamstr. 10-12, Tel. 4051/33



NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Dienstag, 17. Juni 1947
Monatlicher Bezugspreis RM. 2.30
Postbezug RM. 2.60 zuzügl. Bestellgebühr

Ungarn - eine einseitige Verletzung des Yalta-Abkommens durch Sowjetunion

Ausführliche Kommentare amerik. Zeitungen - Erklärungen Präsident Trumans und Nagys - Unruhe der Budapestere Bevölkerung

Washington, 16. Juni (Dena). Die Protestnote der USA an Ungarn und die Erklärung über die Unterdrückung der politischen Rechte in Bulgarien wurden am 12. Juni ausführlich von den amerik. Zeitungen kommentiert. In den meisten Leitartikeln wurden diese Entwicklungen im Zusammenhang mit der gesamten Balkanfrage analysiert.

Die allgemeine Meinung ging, vor allen Dingen in der Ungarnfrage dahin, daß die amerik. Regierung scharf gegen die „einseitige Verletzung des Yalta-Abkommens“ protestieren müsse. Einige Zeitungen machten den Vorschlag, die Angelegenheit den UN zu übertragen, falls die Sowjetunion die amerikanischerseits vorgeschlagene Drei-Mächte-Untersuchung ablehnen sollte.

Der „Washington Star“ erklärte u. a., daß die Stellungnahme der USA zu der politischen Entwicklung in Ungarn als auch in Bulgarien zeigt, daß die USA noch und mehr sich entschlossen hätten, die Dinge bei ihrem rechten Name zu nennen. Die „New Yorker Times“ sieht die politischen Vorgänge in Bulgarien und Ungarn im Zusammenhang mit der nach der Ratifizierung der Friedensverträge zu erfolgenden Zurückziehung der sowjet. Truppen aus diesen Ländern, wodurch der kommunistischen Minderheit Gelegenheit gegeben werden soll, an die Macht zu kommen.

Die „New Yorker Herald Tribune“ ist der Meinung, daß zum ersten Male in diesen Dokumenten die Auffassung über die Demokratie von den Vereinigten Staaten definiert worden sei. Die abgegebenen amerikanischen Erklärungen wiesen die sowjetische Anschauung zurück, daß eine Minderheitsregierung durch eine kommunistische Minderheit, die anschließend ihre Stellung durch die Liquidierung aller Gegner und die prompte Anwendung einer Sicherheitspolizei und Inhaftierung verstärke, als „Demokratie“ bezeichnet werden könne.

Die Krise in Ungarn „künstlich“
Shannon, 16. Juni (Dena-INS). Der zurückgetretene ungarische Ministerpräsident

Ferenc Nagy, der mit seiner Familie auf dem Wege nach New York hier zwischenlandete, erklärte, die Krise in Ungarn sei künstlich herbeigeführt worden und das unmittelbare Ergebnis des amerik. Hilfsprogramms für Griechenland und die Türkei, Rumänien, Bulgarien und andere südöstliche Staaten in Europa hätten gleiche Kräfte erlebt. Er fügte hinzu: „Die Kommunisten haben in jedem Land dieselben politischen Methoden.“

In einer Erklärung, die sich mit Ungarn, Bulgarien und Rumänien befaßt, beschuldigte Präsident Truman die Regierungen dieser Länder der Unterdrückung ihrer Völker und erklärte, daß keine dieser Regierungen ihr jeweiliges Volk vertrete. Es sei jedoch im Interesse der Völker Ungarns, Bulgariens und Rumäniens, den seit fünf Jahren bestehenden Kriegszustand mit den USA zu beenden.

Erstauen und Beunruhigung in Ungarn
Budapest, 16. Juni (Dena-Reuter). Die Veröffentlichung des Wortlautes der amerik. Note, die der Sowjetunion eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns vorwirft und die Antwort General Swiridows, des sowjetischen Vorsitzenden des alliierten Kontrollrats, haben bei der Budapestere Bevölkerung Erstaunen und Beunruhigung hervorgerufen.

Die Erklärung Swiridows, daß die Nationalversammlung der neuen Regierung ein einstimmig im Vertrauen ausgesprochen habe, hat Überraschung ausgelöst, da bekannt ist, daß eine derartige Abstimmung noch nicht stattgefunden hat und die Reden der Leiter der Opposition in der vergangenen Woche ein einstimmiges Vertrauensvotum als unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Der ungarische Justizminister Istvan Riedl hat den Generalstaatsanwalt beauftragt, ein Verfahren vor dem ungarischen Volksgerichtshof gegen den ehemaligen Premierminister Ferenc Nagy und den ehemaligen Präsidenten der Nationalversammlung Bela Varga anzustrengen.

Großbritannien übernimmt die Führung in der europäischen Zusammenarbeit

Außenminister E. Bevin begibt sich zu Besprechungen über das europäische Wirtschaftsprogramm Dienstag nach Paris

Paris, 16. Juni (Dena-Reuter). Der britische Außenminister Ernest Bevin wird sich am Dienstag zu Unterredungen mit dem französischen Außenminister Georges Bidault über den Plan der amerik. Hilfeleistung für Europa mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des britischen Außenministeriums Sir Edmund H. Patel in Paris begibt.

Die Pariser Besprechungen erfolgen auf einen Vorschlag Bevin, den das französische Außenministerium angenommen hat. Die französische Regierung hat auch bei der sowjetischen Regierung angefragt, ob diese zu Marshalls Vorschlägen Stellung nehmen wird. Französische und britische Sachverständige haben zur Ausdehnung von Besprechungen über das vorgeschlagene europäische Wirtschaftsprogramm, die in London und Paris stattfinden sollen, bereits Fühlung genommen.

Der französische Botschafter in Washington, Henry Bonnet, ist beauftragt worden, die amerikanische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß der Vorschlag Marshalls von der französischen Regierung mit größtem Interesse aufgenommen worden sei.

London, 16. Juni (Dena-INS). Eine Konferenz zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas wird sehr wahrscheinlich in London im nächsten Monat abgehalten werden. In der Zwischenzeit prüfen britische Finanz- und Wirtschaftssachverständige die Auswirkungen und Möglichkeiten des amerikanischen Angebots. Weitere Länder werden auf diplomatischem Wege um ihre Stellungnahme

Englische, französische Pressesstimmen

Eine wirkungsvolle Zollunion zwischen den wichtigsten Staaten Westeuropas, ähnlich dem Zusammenschluß der USA könnte durch ein Abkommen erzielt werden, das von dem Vorschlag des amerik. Außenministers Marshall über einen gemeinsamen Wirtschaftsplan für Europa ausgeht, heißt es in der britischen Wirtschaftszeitschrift „Economist“.

Paris, 16. Juni (Dena-Reuter). Die Pariser Zeitungen befaßten sich am 15. Juni mit der Frage, ob die Sowjetunion sich einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsplan, so wie er von dem amerik. Außenminister Marshall vorgeschlagen worden war, anschließen würde. Diese Frage wird als Hauptelement für einen Erfolg dieses Planes betrachtet.

„Das Ergebnis hängt von der Sowjetunion ab“, heißt es in „Sunday Observer“. „Nach der Regel der internationalen Politik bedeutet der Plan Marshalls ein amerik. Angebot für Friede und Hilfe an die Sowjetunion. Die Sowjetunion hat die Gelegenheit, ihren ideologischen, politischen und diplomatischen Krieg gegen den Westen einzustellen, die argwöhnische Isolation, von der diese Halbinsel betroffen ist, zu beenden. Die Sowjetunion prüft britische Finanz- und Wirtschaftssachverständige die Auswirkungen und Möglichkeiten des amerikanischen Angebots. Weitere Länder werden auf diplomatischem Wege um ihre Stellungnahme

Die Krisen in Europa und Deutschland

Acheson prophezeit wirtschaftliche Krisen - Neuer Plan Hoovers
Dr. Eisenmann rechnet mit einer baldigen leichten Besserung

Middletown, 16. Juni (Dena-Reuter). Der stellv. amerik. Außenminister Dean Acheson erklärte am 15. Juni in einer Rede vor Studenten der Wesleyan Universität in Connecticut, Europa verbrühe sich finanziell zu Tode und prophezeit schwere wirtschaftliche Krisen für das kommende Jahr.

Acheson vertrat die Auffassung, daß die von der Sowjetunion verfolgte Politik einer Weltgesundheit entgegenstehe. Er fügte hinzu, die Sowjets hätten ihre beherrschende militärische Position in Osteuropa trotz der amerik. und brit. Einsprüche dazu benutzt, die Sowjets zu veranlassen, sich dem Gegensatz zu dem Yalta-Abkommen stehend, und durch die den osteuropäischen Völkern das Recht der Selbstbestimmung verweigert werde.

Acheson sprach von einem „zynischen und unverhüllten“ Staatsstreik in Ungarn am 15. Juni und prophezeit, daß die Friedensverträge und der mangelnde Beistand der Sowjetunion, zur Schaffung einer deutschen Wirtschaftseinheit beizutragen, oder den Staatsvertrag mit Österreich abzuschließen. Das Ergebnis dieser Politik sei eine tragische lange Verzögerung der Wiedergesundung Europas. Das große ökonomische Problem der Welt vorwiegend zu Hitlers europäischer Wirtschaft beigetragen habe, sei ausgebeutet, in Unordnung gebracht und von Westeuropa abgetrennt worden.

Hoovers 8-Punkte-Hilfsplan

Washington, 16. Juni (Dena-Reuter). Präsident Hoover, der ehem. amerik. Präsident der USA schlug in einem Brief an den Vorsitzenden des Bewilligungsausschusses des Senats, Senator Styles Bridges, einen neuen Acht-Punkte umfassenden Hilfsplan für die kriegsverwundeten Länder in der Welt vor.

In dem Briefe erklärte Hoover weiter, die Gefahr eines politischen und wirtschaftlichen Chaos in der Welt sei heute größer als zu irgendeiner Zeit seit Beendigung des Krieges. Der Hunger und die Nachfrage nach Lebensmitteln sei jetzt größer als während des Krieges. Das amerikanische Volk müßte seine Kräfte tun, um Hungerende zu verhindern und die anderen Nationen bei der Wiedererlangung ihrer Produktionsleistungen zu unterstützen.

Deutsche Ernährungsfrage „erschreckend“

Washington, 16. Juni (Dena-INS). Der stellv. amerik. Kriegsminister Howard C. Petersen, der gerade von einer Reise durch Deutschland zurückgekehrt ist, bezeichnete am 14. Juni die deutsche Ernährungsfrage als „erschreckend“. Die im vergangenen Herbst festgesetzte Mindestration werde vorläufig nicht eingehalten werden. Die Ernährungsfrage in der US-Zone müsse schon deshalb gelöst werden, damit kommunistische Einflüsse ausgeschaltet werden könnten.

Petersen führte die gespannte Ernährungsfrage sowohl auf die Verzögerungen bei den Lebensmittel-Transporten aus den USA wie auf das Versagen der Deutschen, die ihre Lebensmittel nicht in der vorgeschriebenen Menge produzieren könnten, zurück. Er schlug vor, den deutschen Lebensmittelbedürfnissen in der Exportzuteilung Vorrang vor den anderen Ländern einzuräumen.

Eine Währungsreform allein würde die deutschen Probleme nicht lösen. Sie können erst dann durchgeführt werden, wenn die Produktion bedeutend gesteigert worden ist.

Der Tiefstand überwunden

Stuttgart, 16. Juni (Dena). Dr. Helmut Eisenmann, der Leiter der Abteilung Ernährung im Landwirtschaftsministerium, erklärte am 14. Juni, der Tiefstand in der Ernährung sei seines Erachtens überwunden. Es könne in der nächsten Zeit mit einer leichten Besserung gerechnet werden. Für die nächsten 14 Tage sei die Milchversorgung auf Grund einer Lieferung von 17.000 t Weizen aus Amerika gesichert. Die Kartoffelversorgung habe zwar praktisch aufgehört. Das Landwirtschaftsministerium hoffe jedoch, Anfang Juli mit der Ausgabe von Frühkartoffeln beginnen zu können.

Weizen- und Baumwoll-Lieferung

Bremen, 16. Juni (Dena). Ein am 12. Juni eingetretener amerik. Frachter brachte 1052 Ballen Baumwolle und 35 t Lebensmittel für die wirtschaftlich verarmten Westzonen sowie 100 t Weizen für die Unruhe in der Tschechoslowakei. Am 13. Juni trafen aus USA 2100 t Weizen für Bayern, 2100 t für Hessen und 3675 t für Bremen ein.

Dokumente der deutschen Vergangenheit

Veröffentlichung über den deutschen Seekrieg - Der Ärzte-Prozeß

London, 16. Juni (Dena-Reuter). Weitere deutsche Dokumente über „Führerkonferenzen zur Seekriegsfrage 1942“, die hauptsächlich Auszüge aus Konferenzen zwischen Hitler und seinen Marinebefehlshabern darstellen, wurden am 14. Juni erstmalig in London veröffentlicht. Aus den Dokumenten geht hervor, daß Hitler von der Vorstellung beherrscht war, die Alliierten würden im Jahre 1942 eine großangelegte Invasion durchführen und Schweden sei bereit, an die Seite der Alliierten zu treten. Seine „Eingebung“ sagte ihm, daß ein britischer Angriff von der See her und ein kombinierter sowjetisch-schwedischer Angriff zu Lande zu einer Zangen-Operation gegen Norwegen führen würde und deshalb Norwegen der kritische Punkt in der deutschen Verteidigung sei.

Am 12. Juni 1942 stimmte Hitler dem Plan einer Invasion in Malta, „Unternehmen Herkules“, zu, nachdem er von Großadmiral Räder davon überzeugt worden war, daß die Einnahme der Insel für einen erfolgreichen Angriff auf den Suez-Kanal notwendig sei. Die Landung auf Malta wurde jedoch von Hitler wegen des schnellen Vormarsches des Afrika-Korps verschoben.

In einem der Dokumente von der britischen Admiralität beigefügten Kommentar heißt es, der deutsche Verzicht auf die Einnahme Malτας nach der Eroberung Ägyptens durch das Afrika-Korps habe für die Achse verheerende Folgen gehabt. Malta sei weiterhin eine Bedrohung für Rommels Versorgungsleitungen gewesen, weil die 8. Armee bei El Alamein standhielt und die Offensive Montgomerys dem weiteren Verlauf des Krieges eine völlig neue Wendung gab.

Angeklagter verbört Sachverständigen
Nürnberg, 16. Juni (Dena). In der Verhandlung des Prozesses am 14. Juni gegen die 23 Naziführer - Wissenschaftler fand

am Antrag von Dr. Fritz Sauter, dem Verteidiger des Angeklagten Siegfried Ruff, zwischen Ruff und dem amerikanischen Sachverständigen Prof. Andrew C. Ivy zur Klärung der rein medizinischen Fragen der von dem Angeklagten durchgeführten Höhenexperimente eine Diskussion statt, da Sauter dem Gericht erklärt hatte, als Jurist dazu nicht in der Lage zu sein.

Der Vorsitzende des Gerichts, der amerik. Richter Walter B. Beals, gestattete es dem Angeklagten Ruff, als Verteidiger in eigener Sache an den Zeugen Mr. Ivy Fragen zu richten. Der amerikanische Sachverständige Ivy erklärte, daß sich die Sinkversuche aus großen Höhen, die Ruff an KZ-Inassen ausführte, in keinem Fall rechtfertigen.

Der Angeklagte Ruff versuchte darauf vom Sprechstand der Verteidigung aus dem Zeugen die Notwendigkeit der Menschenversuche damit zu begründen, daß Tierversuche keine quantitativ brauchbaren Werte liefern würden. Der Zeuge Mr. Ivy hielt dem Angeklagten aber entgegen, daß die Gefahr in solchen Experimenten, das Leben von Menschen zu vernichten, ihm verboten habe. Höhenversuche dieser Art an Menschen durchzuführen.

Auf eine weitere Frage von Dr. Servatius erklärte der amerik. Sachverständige Mr. Ivy, daß auch Häftlinge nicht für Experimente verwendet werden könnten, um damit den Gedanken der Sühne zu verfolgen. Die Hauptmotive der modernen Strafvollstreckung seien reformierend und nicht sühnend.

Wer kann über Henriette von Schirach aussagen? München, 16. Juni (Dena). Alle Personen, die über Frau Henriette von Schirach aussagen können, fordern, das bayerische Sonderministerium auf, sich beim öffentlichen Kläger der Spruchkammer Bad Tölz zu melden.

Divide et Impera

„Das hellste Juwel in Englands Krone“. Indien, wird wahrscheinlich im August dieses Jahres aus seiner Fassung gebrochen werden. Diese für das britische Empire und Indien so wichtige Maßnahme wurde am 3. d. M. gleichzeitig von Premierminister Atlee im Unterhaus und Earl of Listowel im Oberhaus und von Vizekönig Lord Mountbatten in New Delhi angekündigt.

Indiens Geschichte, in der sich entscheidende Einschnitte zu beobachten sind, tritt in sein neues Stadium. Der erste ist das Einzingen arischen Volkstämme aus dem Nordwesten, die die Dravidischen Ureinwohner nach Süden drückten. Das erste geschichtliche Datum - und damit der zweite Einschnitt - ist das Jahr 327 v. Chr., in dem Alexander der Große einen Teil Indiens in sein griechisches Reich eingliedert. Im Jahr 1901 n. Chr. erobert der Sultan Mahmud von Ghazni Delhi und dehnt so das arabische Weltreich über fast vier Jahrhunderte auch auf Indien aus. Abgelöst werden die Araber im Jahr 1398 durch Tamerlan und die bis 1707 regierenden Mogulkaiser. Als erster Europäer landete Vasco da Gama 1498 in Calcutta. Ein Jahrhundert später schiebt die britische Ostindienkompanie auf und als bisher letzter Abschnitt ließ Robert Clive im Jahr 1757 durch den Sieg bei Plassey die Eroberung Bengalens den Grundstein zu der Eroberung Indiens in das britische Kolonialreich.

Der Plan für ein unabhängiges Indien bestand seit dem ersten Weltkrieg, sah aber ein geeintes Indien vor, sobald eine Verfassung vom ganzen indischen Volk angenommen worden war. Aber die Gegensätze zwischen der indischen Führung der Vertretung von 260 Mill. Hindus, den 90 Mill. Moslem und den 563 Fürstentümern waren so groß und verschärften sich so sehr, daß eine Einigung über die Verfassung nicht zu erzielen war, ja daß der Bürgerkrieg ausbrach. Der neue Plan, der auf die Annahme der Vertretung der Hauptsache eine Teilung Indiens in Pakistan und Hindustan vor, die Fürstentümer können selbst über ihre Zukunft entscheiden. Für das britische Parlament befindet sich ein Gesetz in Vorbereitung, durch das Pakistan und Hindustan den Dominion-Status mit dem Recht der Entscheidung darüber verliehen werden soll, ob sie weiter im Britischen Völkerverband bleiben wollen oder nicht.

Indien wird also in drei mehr oder weniger voneinander unabhängige Teile zerfallen: Pakistan, der Nordwesten und Nordosten Indiens mit zirka 70 Mill., zum größten Teil moslemischen Einwohnern. In ihm herrscht Korn- und Reisbau, es gibt wenig Industrie, wenig Groß-Städte; Haupthafen und Flughafen ist Karachi. Dann Hindustan, bestehend aus sieben über Indien verteilt liegenden Provinzen mit zirka 230 Mill., meist Hindu-Einwohner, das Baumwoll-, Eisen- und Stahlindustrie hat und in dem die Großstädte Bombay, Madras, Kalkutta und New Delhi liegen. Und schließlich Bajistan, in das in losen Verband 563 Fürstentümer einbezogen sind.

Die Tatsache und die Art des Übergangs Indiens aus dem Status der Kolonie in den des sich selbständig regierenden und verwaltenden Dominion - also auf gleicher Stufe wie Kanada oder Südafrika - ist ein Beweis mehr für die polit. Klugheit der Engländer. Erreicht wurde damit, daß das Indienproblem, soweit es die Verantwortung der Engländer belastete, endlich gelöst wurde; soweit es die Inder betraf, nunmehr zur Lösung ihnen überlassen wird. Außerdem aber wurde durch die Teilung Indiens in unabhängige indische Dominion- und Hindustan ein Bürgerkrieg zum Abschluß gebracht, andererseits durch diese Schwächung das weitere Bleiben im britischen Staatsverband den indischen Teilstaaten angelegentlich „empfohlen“.

Die Folgen werden weittragend sein. Wie aus den obigen Tatsachen ergibt, verlagert sich das ganze gewaltige Gewicht des britischen Weltreichs - nach Afrika. Konferenzen britischer, französischer und belgischer Kolonialschwerenönder über eine Zusammenarbeit in ihrer afrikanischen Besitzungen, der Abschaffung der britischen „Eisenbahn“ im Ägypten und Palästina, der Besuch der englischen Königsfamilie in Südafrika, das große Erdnaupflanzungsprojekt in Ostafrika zur Hebung des Lebensstandards der Eingeborenen und zur Beseitigung der englischen Fett- und Ölmangel lassen das erkennen. Der Reichtum Süd- und Ostafrikas und die Erdölvorkommen auf der angrenzenden arabischen Halbinsel lassen diese Gewichtverlagerung geboten u. vernünftig erscheinen, wenn ihr auch jetzt noch von seiten älterer britischer Politiker und Generalstabler heftig widersprochen wird. In jedem Fall sind die Phantasie, Entschlußkraft, Weisheit und Eleganz, mit denen England politische Entscheidungen dieser Tragweite trifft, aufs höchste zu bewundern. H. B.

Die Gefahr der Atom-Energie

Clinton, Staat New York, 16. Juni (AP). Wenn die heutige Generation nicht die Atom-Energie meistern könne, werde die Zivilisation Gefahr laufen, in wenigen Augenblicken ausgelöscht zu werden, erklärte am 14. Juni der britische Botschafter in den USA, Lord Inverchapel. Die rastlose Wissenschaft hat den Menschen Kräfte in die Hand gegeben, die im Besitz von Narren oder Schurken nicht nur die uns bekannte Zivilisation vernichten, sondern auch den Tod von Millionen Menschen verursachen und die Welt zu einem einzigen schrecklichen Tümmelhaufen verwandeln können. Es wird nicht mehr viel übrig bleiben, was das Leben lebenswert macht.

Bodenreform britischer Zone

Berlin, 16. Juni (Dena-APD). Zur Frage der Bodenreform in der britischen Zone hat die britische Militärregierung für Deutschland am 14. Juni ihre Auffassung und ihre Ziele in einer amtlichen Verlautbarung festgelegt. Sie beabsichtigt die Einzelheiten der Durchführung der Bodenreform der deutschen Länderregierung zu überlassen. Hauptzweck der Bodenreform sei es, die politische und wirtschaftliche Macht der Inhaber großer Güter dadurch herabzusetzen, daß die Bodenfläche begrenzt wird, die ein einzelner Eigentümer besitzen darf.

SPD lehnt Bodenreform ab

Hamburg, 16. Juni (Dena-APD). Der Gesetzentwurf der britischen Militärregierung für die Bodenreform in der britischen Zone, den der stellv. britische Militärgouverneur für Deutschland, General Sir Brian Robertson, auf einer Sitzung des Zonenrats bekanntgab, hat in den Kreisen der SPD beträchtliche Enttäuschung hervorgerufen.

